

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Gera

Andreas Schubert (Fraktionsvorsitzender)

Stadtratssitzung am 03. Dezember 2020

Hier: Rede zur Dringlichkeit des Haushaltsplans 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Einwohner unserer Stadt reiben sich verduzt die Augen – Stadtrat am 2. Dezember 2020 und erneut steht der Haushaltsplan auf der Tagesordnung.

War da nicht der Finanzdezernent in der Zeitung mit der Jubelmeldung – Nov = HH-Beschluss??

Hatten nicht die zustimmenden Fraktionen gewarnt erst im Dezember zu beschließen, weil dann doch weitere Kürzungen angeblich unausweichlich wären, wegen neuer Steuerschätzungen – wer hat davon eigentlich gehört und gelesen?

Und hat nicht der OB schon öffentlich dem Stadtrat zur schnellen Beschlussfassung des HH gratuliert?

Nun ist er wieder da: Der HH-2021 auf der TO, heute hier am 3. Dezember: Das ist alles ein Trauerspiel – Abbruch der Haushaltsdebatte – und heute steht der Haushalt erneut auf der Tagesordnung.

Was wurde erreicht:

Für die Stadt Gera und ihre Einwohner nichts.

Mit einer Machtdemonstration, alles und jedes hier beschließen zu lassen, haben Sie Herr Dannenberg als Maschinist der blau-schwarzen Abstimmungsmaschine dafür gesorgt, dass dem Stadtrat die Diskussionsmöglichkeiten über weitere Verbesserungen des Haushaltsplans für 2021 genommen wurden.

Und diejenigen, die Ihnen gefolgt sind, weil sie auf Ihre Expertise, Herr Dannenberg, vertraut haben, haben sich diese Mitsprachemöglichkeit selbst genommen, indem sie den Haushaltsplan ohne Fachausschussvotum hier vor einem Monat durchgepeitscht haben. Der kommunalpolitischen Debatte um die besten Lösungen in unserer Stadt haben Sie den Stuhl vor die Tür gestellt und damit der Stadt auch mit Blick auf die kommenden Jahre einen Bärendienst erwiesen.

Jetzt müssen wir als Stadtrat erneut die Fehler des Finanzdezernenten ausbügeln – wie lange wollen Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite hier im Stadtrat, diese Arbeitsweise eigentlich noch mit Ihrem Mandat unterstützen? – Recht und Gesetz, die Mitwirkungsrechte des Stadtrates wurden erneut in Gera durch das Agieren des Finanzdezernenten Dannenberg ausgehöhlt, absichtlich oder durch Unkenntnis – beides ist gleichermaßen skandalös!

Was jedoch ist hier eigentlich dringlich an der Vorlage?

Die linke Seite zahlt nicht mit gleicher Münze zurück für ihren Umgang mit dem Stadtrat am 5. November, wo sie noch nicht mal eine kurze Auszeit zur Beratung vor der überstürzten Beschlussfassung zugelassen haben – aber das fällt in der Öffentlichkeit auch bei ihren Wählerinnen und Wählern auf Sie zurück, die zurecht die Nase voll haben, von diesem Prinzip Versuch und Irrtum, ohne dass es voran geht in unserer Stadt.

Wir übernehmen heute hier die Verantwortung, der sie nicht gerecht geworden sind – indem wir den Weg frei machen für einen regulären Haushaltsbeschluss im Rahmen des verabredeten Terminplans, damit Gera fristgemäß einen vollständigen Haushaltsbeschluss bei der Rechtsaufsicht vorlegen kann.

Herr Dannenberg, genau das wäre ja eigentlich ihre Pflicht und ihre Aufgabe – rechtssichere Beschlüsse dem Stadtrat vorzulegen, damit die Finanzen unserer Stadt geordnet sind und mit maximaler Wirksamkeit für unsere Einwohner eingesetzt werden.

Statt dessen gefallen Sie sich darin Politik zu machen – ungeniert mit den Stimmen der AFD, statt diese ihre fachlichen Aufgaben ernst zu nehmen. Ich bin mir sicher, dass die Verantwortlichen ihrer Partei auf Landesebene – der sie ja erst mit viel Mühe im Landkreis Greiz beigetreten sind – sehr genau diese ihre Aktivitäten im Blick haben.

~~ihnen~~-Denen müssen doch die Ohren geklungen haben

Noch kein Finanzdezernent vor Ihnen hat das fertig gebracht, dass ihm die Rechtsaufsicht in Person des Herrn Kohlbeck, mit dem Sie doch so viele Abstimmungen durchgeführt haben - binnen einer Woche 2x die Kommunalordnung schriftlich erläutern musste.

Herr Oberbürgermeister, Ihre Vorgängerin im Amt hat disziplinarische Mittel gegen den damaligen Finanzdezernenten – übrigens damals mit der politischen Unterstützung der CDU – schon für ein einen viel unbedeutenderen Sachverhalt auf den Weg gebracht. Es ist hohe Zeit Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt werden kann, dass in Zukunft die Qualität der Arbeit mit den städtischen Finanzen wieder soweit gesteigert werden kann, dass eine Beanstandung durch die Kommunalaufsicht vermieden wird.

Die LINKE stimmt den Wirtschaftsplänen inhaltlich zu. Dieses Verfahren zu einer Haushaltsbeschlussfassung darf sich allerdings nie mehr wiederholen – es ist diesem Stadtrat unwürdig, man muss sich in der Öffentlichkeit dafür Fremdschämen.